

Europa – Österreichs Schicksal

■ ERHARD BUSEK



Erhard Busek war als Mitglied der ÖVP in zahlreichen leitenden bundes- und landespolitischen Funktionen tätig, ist Ehrenpräsident des Europäischen Forums Alpbach und Vorsitzender des Instituts für den Donaauraum und Mitteleuropa.

Die EU-Wahlen sind geschlagen, die Deutungen des Ergebnisses liegen vor und die Gefahr ist groß, dass man dann wieder zur Tagesordnung übergeht, die noch dazu in Österreich gegenwärtig reichhaltig ist. Europa aber darf nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil es ohnehin schon zu lange kein wichtiger Punkt darauf war.

Mir ist nicht klar, ob in Österreich begriffen wurde, dass 1989 und die Folgejahre ein Wendepunkt für unser Land sind. Meine Generation ist am östlichen Rand der westlichen Welt aufgewachsen und hatte ein amputiertes Bild von Europa, da wir Traditionsräume früherer Zeit in der Mitte des Kontinents nicht oder nur schwer besuchen konnten, von Kooperationen gar nicht zu reden. Glücklicherweise fällt diese Veränderung mit dem Fall des Eisernen Vorhangs mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zusammen. Es ist wert, sich zu überlegen, was dadurch verändert wurde: die Neutralität, noch ein Mantra unserer Politik beim EU-Beitritt, hat praktisch ihre Bedeutung verloren. Die EU mit dem Mitglied Österreich wird gesamthaft wahrgenommen, wenngleich sie auch Mühe hat, eine entsprechende Außenpolitik zustande zu bringen.

Welche Rolle spielt Österreich?

Unsere Sicherheit ist durch die NATO-Staaten gewährleistet, die uns umgeben, wobei man ruhig die Frage stellen kann, welchen Beitrag Österreich zur Sicherheit leistet, neben den zweifellos verdienstvollen UN-Einsätzen, die ohnehin reduziert wurden. Ein richtiges Konzept zur Außenpolitik hat man aber nachher nicht entwickelt und nicht geklärt, welche Rolle wir hier innerhalb der EU spielen könnten. Eine zeitlang war Außenpolitik unsichtbar geworden, dank des umtriebigen Sebastian Kurz

kommt sie wenigstens in die Schlagzeilen – durchaus mit richtigen Ankündigungen, wobei wir nur auf die Realisierung hoffen können. Ein wenig kritisch sei angemerkt, dass wir uns mit einer Präsenz am Balkan, in Russland, im Nahen Osten, allenfalls übernehmen könnten, wenn wir wirklich etwas tun. Prioritäten wären daher angebracht.

Wo liegen diese? Natürlich in der Nachbarschaft! Es ist bislang der Positionierung Österreichs innerhalb der EU nicht gelungen, zu irgendeiner Gruppe dazuzugehören, wie es Benelux, die skandinavischen und baltischen Staaten sind oder jene, die im Mittelmeer eine Rolle spielen. Versuche, im Donaauraum näher zusammenzukommen sind bislang gescheitert, wobei einmal mehr mit Bedauern festzustellen ist, dass wir nicht der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) angehören. Es gibt zwar eine entzückende Formel für den Hausgebrauch (Visegrád + 2), worunter ein Näheverhältnis von Slowenien und Österreich gemeint ist, aber effektive Wirkung hat es nicht. Wir würden aber dringend in der EU eine solche Gruppenbildung brauchen, weil im Rahmen der gegenwärtigen 28 Mitglieder es schon allein eine gruppenspezifische Frage ist, wer einen unterstützt und mit wem man enger kooperiert.

Ungarn geht nach rechts

Da taucht ein Problem auf: Ungarn! Die Mehrheit der politischen Kräfte in Öster-

reich wird von der Rechtsverschiebung in Ungarn selbst nicht begeistert sein, wobei noch zu befürchten ist, dass durch die Tatsache, dass die rechtsgerichtete Jobbik bei der letzten Wahl stimmenmäßig zugenommen hat, wahrscheinlich auch für Premierminister Viktor Orbán ein Problem entsteht. Wir Österreicher sind auch hinsichtlich der Investitionen betroffen, der Besteuerung der Banken und der Weinbauern und Käufers oder Pächters von Gründen in der Nachbarrepublik. Ich musste erleben, dass diesbezügliche Verlangen abgeschoben wurden, indem man mir erklärte, dass Ungarn nicht unser Problem sei. Deutlich gesagt: es ist unser Problem, wobei ich glaube, dass nicht der Außenminister dazu berufen ist, sondern die zivile Gesellschaft sich im Dialog mit gleichen ungarischen Kräften zu engagieren. Dass die Politik dabei natürlich eine Rolle spielen sollte, ist außer Frage.

Nach dem Problem der Gruppenbildung und einer konkreten Nachbarschaft ist natürlich der Balkan eine Selbstverständlichkeit, die nicht bestritten ist, aber zweifellos mehr Kräfte braucht. In Thessaloniki 2003 wurde vom Europäischen Rat beschlossen, dass alle diese Länder Mitglieder der EU werden sollten. 2013 ist Kroatien eingetreten, während die Beitrittsprozesse der anderen Länder eine unterschiedliche Dynamik aufweisen.

Wege zur EU-Reife

Hier taucht auch das Problem der Beurteilung von Rumänien und Bulgarien auf. Dass diese Länder in der Vollziehung der EU-Mitgliedschaft und der Erreichung von wirtschaftlichen und sozialen Standards, von den politischen gar nicht zu reden, weit hinter uns liegen, ist außer Frage. Welche Bemühungen gibt es hier? Wieder einmal ist es eigentlich nur die Wirtschaft, die entsprechend vertreten ist und streckenweise auch dafür einen Preis zahlt, obwohl sie eine eigentlich europäische Aufgabe leistet. Sind wir Österreicher überhaupt orientiert, was in diesen Ländern los ist? Die Donauinitiative (European Union Strategy

for the Danube Region – EUSDR) wäre hier eine außerordentlich gute Gelegenheit! Österreich war und ist in dieser Initiative führend, aber konkrete Projekte jenseits von ein bisschen Kultur und Wissenschaft gibt es herzlich wenig. Diese Länder brauchen eine Verbesserung der Verwaltung und eine EU-Reife ihrer Bildungseinrichtungen, da ansonsten die Migration weiter vor sich geht. Wir profitieren davon zwar bei den Arbeitskräften, erzeugen aber damit einen Mangel an Qualifizierten in den Herkunftsländern und auf die Dauer auch bei uns interne Probleme.

Hier taucht überhaupt die Frage der Migrationspolitik auf, die sich nicht allein mit dem Entsetzen über Lampedusa oder die Diskussion, ob wir schon genügend syrische Flüchtlinge aufgenommen haben, beschränken kann. Der gegenwärtige Außenminister hat in seiner früheren Funktion betreffend Integration, die er mitgenommen hat, gute Ansätze gezeigt, die weiter entwickelt werden können.

Probleme mit Religionen

Eine Nebenbemerkung, die in dieser Zeitschrift wohl angebracht ist: Wir haben in dieser Region – wie überhaupt – ein zunehmendes Problem mit Religionen. Da ist auf der einen Seite der Säkularismus der westlichen Welt, auf der anderen Seite zunehmende Radikalisierungen vor allem aus Teilen der islamischen Welt, aber auch

■ Es ist bislang der Positionierung Österreichs innerhalb der EU nicht gelungen, zu irgendeiner Gruppe dazuzugehören.

Viktor Orbán: Ungarn geht nach rechts



■ **Provinzialismus ist ein geistiger Zustand, den wir nach Kräften ablehnen müssen.**

ein mangelndes Europaverständnis in der Orthodoxie, wie die Stellungnahmen des Patriarchen von Moskau streckenweise zeigen. Die Stiftung „Pro Oriente“ leistet hier Großartiges. Es verlangt aber einen breiteren Ansatz, der auch mit der Pastoral zu tun hat, weil die Gläubigen aus diesen Kirchen bei uns zunehmen. Gleiches oder womöglich noch Schwierigeres gilt es für den Islam zu vermerken, der in sich eine Differenzierung hat, die meistens gar nicht begriffen wird. Das mit saudischem Geld etablierte König Abdullah Center (KAIC), in dem Spanien und Österreich auch führend tätig sind, wäre eine außerordentliche Gelegenheit, hier weiterführende Maßnahmen zu zeigen. Es gibt auch an den österreichischen Universitäten ausgezeichnete Vertreter dieser Religionen, wobei die Sorge bei uns sein muss, Radikalismen zu vermeiden, die allerdings aus der arabischen Halbinsel streckenweise sehr intensiv finanziert werden. Auch das ist ein außenpolitisches Problem, weil man den einschlägigen Regierungen klarmachen muss, dass sie ihre inneren Probleme nicht durch die Spedition entsprechender Kräfte nach Europa lösen können.

Mehr als die Salzburger Festspiele

Der Speisezettel für die österreichische Außenpolitik ist beträchtlich, aber wir sind hier nicht allein, denn das trifft auch die anderen europäischen Staaten, vor allem

die zivile Gesellschaft auf unserem Kontinent. Da kommt aber eine Frage auf, der wir mehr Kräfte widmen müssen: Wofür steht Europa? „Europa eine Seele geben“ ist eines jener Statements, die uns Jacques Delors hinterlassen hat. Man bemüht sich gegenwärtig, ein „Narrativ für Europa“ zu schaffen und den Inhalt zu beschreiben und die kulturelle Kraft des Kontinents weiterzuentwickeln. Dafür braucht es in Österreich mehr als den Hinweis, dass die Salzburger Festspiele ohnehin europäische Kultur widerspiegeln. Das ist zwar richtig, aber zu wenig! Oft fällt allerdings die Bemerkung, dass wir heute ohnehin keine Außenpolitik brauchen, weil das in der Gemeinschaft der Europäer stattfindet.

Beitrag zur Humanisierung

Das ist nicht nur deswegen falsch, weil jeder dieser Teile von Europa einen Beitrag zu leisten hat, sondern weil es auch die Bemühung aus unseren Kräften braucht, dieses Europa (nur mehr 7 % der Weltbevölkerung) erkennbar zu machen und einen Beitrag zur Humanisierung zu leisten. Es ist notwendig, alle Bereiche mit der Frage zu überprüfen: „Wie hast du es mit Europa?“ Da steht die Wirtschaft gar nicht so schlecht da, die Wissenschaft in Teilen ebenso wie die Kultur, im Gesamten aber, insbesondere im Sozialen und im Bewusstseinsbereich, der durch Bildung erreicht wird, schaut es eher ärmlich aus. Wir sind weder eine Insel der Seligen, wie uns einmal versichert wurde, noch eine Provinz im Sinne einer Abgeschlossenheit. Provinzialismus ist ein geistiger Zustand, den wir nach Kräften ablehnen müssen, noch dazu in einer Zeit, wo die Welt im Gesamten und Europa im Besonderen in einer dramatischen Entwicklung sind. Also im Sinne der Einleitungsfrage: „Will Österreich Europa, oder interessiert uns dieses Europa nicht mehr ...?“ ■



Jaques Delors: Europa eine Seele geben